

## **Kommt ein Bürgerbegehren gegen den Stadthallenanbau?**

Gleich mehrfach wurde ein Bürgerbegehren gegen den geplanten Stadthallenanbau auf der Veranstaltung von BIEST! gefordert. Es sei nicht erkennbar, dass sich die Baumaßnahme noch anders verhindern lasse, so ein Teilnehmer, deshalb müsse auch dieser aufwendige und schwierige Weg in Betracht gezogen werden.

Die Initiative gegen den Stadthallenanbau hatte unter dem Titel „Stadthalle – Heidelberg im Abbruch“ die Architektin und Stadtplanerin Prof. Ulla Luther, den Ingenieur und Umweltökonom Dr.-Ing. Bernhard Michel und den Architekten und Baugeschichtsforscher Dr.-Ing. Sebastian Storz zu einer Podiumsdiskussion unter Leitung des BIEST!-Sprechers Dr. Jochen Goetze eingeladen.

Ulla Luther erklärte, es sei ihr im Laufe ihres Berufslebens schwer gefallen, zu lernen, dass alles politisch verhandelbar ist, und dass auch entgegen der Fach- und Sachkenntnis eines Städteplaners entschieden werde. Dies sei jedoch in Auseinandersetzungen wie die um den Stadthallenanbau häufig der Fall. Wirtschaftliche Interessen stünden oft im Vordergrund, sich dagegen zu wehren sei schwierig, nicht zuletzt für die Bürger. Gefährlich für einen alten Stadtteil sei vor allem die Vermarktung für Einzelhandel und eine Eventkultur, die auf Nah-tourismus setzt. „Dabei ist die Altstadt Herz und Impulsgeber, stiftet für die Bürger Identität mit der Stadt“, meinte die Stadtplanerin. Dies sei sogar an ihrem früheren Tätigkeitsbereich, der Stadt Lübeck, so gewesen, obwohl die Altstadt dort nur einen ganz geringen Teil der Stadtfläche ausmache. Umso wichtiger sei es, die Altstadt in Heidelberg zu erhalten, die weitgehend unzerstört sei. Es gelte, mit diesem Schatz sorgfältig umzugehen, ihn zu pflegen und zu erhalten. Eine Konkurrenzsituation mit Mannheim zu beschwören sei falsch. Der Charakter der beiden Städte sei völlig unterschiedlich. Im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit sollten die jeweiligen Stärken genutzt werden.

Bernhard Michel betonte, dass bei städtebaulichen Entscheidungen die Umweltressourcen bewertet werden müssten. Dazu gehöre natürlich der Verkehr, der erzeugt oder vermieden

werde, aber auch die wirtschaftliche Einbindung der Maßnahme. Dabei betrachte die Umweltökonomie nicht nur die betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkte, sondern schließe allgemeine mit ein. Freiraum zu erhalten oder zu gewinnen sei eine eigene Ressource im städtischen Kontext. „Der Architektenwettbewerb hat eine Prüfung der Defizite der Standortentscheidung nicht mit einbezogen, schon deshalb kann er für eine sachgerechte Entscheidung, orientiert an städtebaulichen Kriterien, nicht ausreichend sein“, so der Experte.

Sebastian Storz beschrieb drei Phasen der jüngsten Baugeschichte: In den 50er und 60er Jahren seien heftige Einbrüche in die Substanz der Innen- und Altstädte erfolgt. Dann habe es in den 80er und 90er Jahren eine Rückbesinnung auf baugeschichtliche Werte gegeben. Heute müsse man wieder einen Rückschritt im feststellen. Allerdings betreffe dies vor allem die Politiker, die Bürger fühlten sich oft gerade in diesem Bereich nicht richtig vertreten. Allein in Sachsen gebe es vier sehr aktive Bürgerforen zur Stadterhaltung. Nach seinem Spaziergang um die Heidelberger Altstadt erübrige sich eigentlich jedes Wort zu der geplanten Stadthallenerweiterung. Eine solch intakte Altstadt sei sakrosankt. Der Mensch lebe auch aus der Tiefe seiner Geschichtserfahrung; die historische Bausubstanz einer Stadt sei das sichtbare Korrelat hierzu. Architektur solle Wohnstätte, Schutz, Lebensraum und Heimat bieten. Die wirtschaftlichen Interessen, nicht zuletzt auswärtiger Investoren, brächten dies unmittelbar in Gefahr. „Ich betrachte das bestehende Stadtbild für Heidelberg für unverzichtbar“, so Storz.

In der Diskussion wurde vor allem die Befürchtung geäußert, die Stadthallenerweiterung sei nur der Beginn einer weiteren Welle von Großbauten in der Altstadt. „Der Standort ist lebensgefährlich für die Altstadt“, so ein Teilnehmer. „Wenn erst einmal ein neues Kongresszentrum dort entsteht, werden weitere Ansprüche folgen und dann natürlich ebenfalls dort verwirklicht werden.“ Die Frage, wie man angesichts der Situation im Gemeinderat weiter verfahren solle, wurde unterschiedlich beantwortet. Demonstration war für einige Teilnehmer die Antwort, zahlreiche trugen sich für weitere Mitarbeit bei BIEST! ein, nicht zuletzt für die Mitarbeit bei einem Bürgerbegehren.